MITTEILUNGEN

Humanistische Union

Nr. 68 (14. Jhrg.) September 1974 B 20885 F

Kommt eine neue Restauration? — Wie kann ihr begegnet werden?

Öffentliches Gespräch der HU am 30. 11. und 1. 12. 1974 in Wiesbaden

Zu dieser Veranstaltung sind unsere Mitglieder und eine Reihe von Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten, sowie die Mitglieder unseres Beirats und des Herausgeberkreises der „vorgänge" herzlich eingeladen (Anmeldeabschnitt Seite 17).
Wir wollen diesesmal die übliche Form von Referaten mit anschließender Diskussion durch ein produktiveres Verfahren ersetzen. Es soll ein Gespräch zwischen geladenen Diskutanten und Gastdiskutanten werden. Um die Aussprache möglichst fruchtbar zu gestalten haben die geladenen Diskutanten die folgenden Thesen unseres Bundesvorsitzenden bereits erhalten. Um Stellungnahmen haben wir bis spätestens 30. September 1974 gebeten. Wir werden sie allen Teilnehmern so rechtzeitig vor der Veranstaltung zusenden, daß alle Gesprächspartner bereits vor Beginn des Gesprächs über die Ansichten anderer Teilnehmer unterrichtet sind. Wir hoffen, daß dies Zeit spart und zur Konzentration auf Wesentliches beiträgt.

Diskussionsthesen von Hans Robinsohn:

1. Die Gesprächsthematik läßt sich etwa mit den folgenden Stichworten umschreiben:

Indizien und Symptome der restaurativen Tendenzen — Absichten und Ziele der Restauration — was soll „restauriert" werden? — Wie wird eine Herrschaft dieser Art aussehen? — Welche Möglichkeiten der Verhinderung und Überwindung der restaurativen Kräfte gibt es? — die Rolle der Parteien, der Arbeitnehmerschaft und der Intelligenz!

2. Zu einigen der angedeuteten Themen folgen jetzt einige Streitsätze, die nicht in jeder Beziehung die Meinung der Humanistischen Union insgesamt oder ihres Bundesvorstandes darstellen. Wir hoffen jedoch, daß sie zu Widerspruch und Zustimmung, zu Vertiefung und Einsicht — jedenfalls zur Meinungsbildung beitragen.

3. Vergleicht man die politische Atmosphäre von 1969 oder auch vom Dezember 1972 mit der heutigen Stimmung, wird die Stärkung reaktionärer Elemente deutlich. Vor allem die Jahre nach 1972 haben Enttäuschung und Resignation auf der linken Seite erzeugt. Wer kann heute noch ohne Bitterkeit hören, man wolle „mehr Demokratie wagen"? Oder sich der Bezeichnung „Regierung der inneren Reformen" ohne Bedauern und Beschämung über das Auseinanderfallen von Vorsatz und Erfüllung erinnern?

4. Entsprechend zur fallenden Stimmung links, zum Erlahmen der Energien dort sind die Erwartungen und die Aktivität rechts erheblich gewachsen. Die Offensive gegen die befürchteten Reformen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien ist in vollem Gange. Gestützt auf ihre Mehrheit im Bundesrat erzwingt die Opposition schlechte Kompromisse. Wo das nicht geht, benutzt sie das Bundesverfassungsgericht als Verzögerungs- oder Abschwächungsmittel. Vorschläge und Absichten, die Formen des staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verbessern, werden entstellt oder sogar als verfassungsfeindlich verdächtigt. Es ist ganz gleich, worum es geht: Obstruktion und Sabotage sind die Antwort der restaurativen Kräfte. Beispiele hierfür: Grundvertrag, Vertrag mit der Tschechoslowakei, Mitbestimmungsgesetz, Reform des § 218 StGB, Lehrlingsausbildung, Steuerreform.

5. Mit den Mitteln antikommunistischer Propaganda vor allem wird systematisch ein Klima herbeigeführt, in dem jeder Kommunist als verbrecherischer Umstürzler, Sozialismus als unmittelbare Vorstufe des Kommunismus und alle Liberalität als Steigbügelhilfe für den Kommunismus dargestellt wird. Der Begriff des „inneren Feindes" ist wiedererstanden, und alle, die sich nicht mit den Vorstellungen und Zielsetzungen der politischen Rechten in Deutschland identifizieren, gelten mindestens potentiell als „Verfassungsfeinde"!

6. Das Ziel der restaurativen Politik ist das Auslöschen der seit 1967 aufgebrochenen emanzipatorischen Tendenzen und die Rückkehr zu der konservativen Versteinerung vom Ende der fünfziger Jahre. Das bedeutet: Volksvertretung als demokratische Attrappe. Rechtsstaatlichkeit zur Bemäntelung der eigenen Politik. Das Grundgesetz wird Konservierungsmittel, seine Auslegung im Sinne von Veränderungen und Verbesserungen gilt als verfassungsfeindlich.

7. Politisches Nahziel der neuen Restauration ist der Gewinn der absoluten Mehrheit für die CDU/CSU bei den nächsten Bundestagswahlen. Die Strategie besteht darin, durch politische und wirtschaftliche Störaktionen Angst und Unsicherheit zu verbreiten und eine Massenstimmung zugunsten von Ruhe und Ordnung zu erzeugen.

8. Sollte dieses Nahziel erreicht werden, ist die Anwendung schärferer Repressionsmittel unvermeidlich. Die — zum Teil von außen kommenden—wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die sozialen Ansprüche auf eine andere Verteilung des Kuchens nötigen dazu.

Da emanzipative Reformvorstellungen die Stabilität zu bedrohen scheinen und Unruhe hervorrufen, wird eine restaurative Regierung gegen sie vorgehen und die selbstverständlich gewordene geistige Freiheit einschränken. (Eine solche Entwicklung gab 1961 den letzten Anstoß zur Gründung der Humanistischen Union!) Ergebnis einer neuen Restaurationspolitik wäre der demokratisch verkleidete Obrigkeitsstaat, in dem, wenn möglich, die breiten Schichten gute Konsumchancen haben werden, in dem sie aber — wenn nötig — mit repressiven Maßnahmen, einschließlich auch den Mitteln des Notstandrechts dis-

zipliniert werden. Konformismus mit den herrschenden Mächten würde zur ersten Bürgertugend.

9. Die reaktionär-restaurativen Tendenzen können erfolgreich nur von einer grundsätzlichen Position aus bekämpft werden. So wichtig es auch ist, die nächste Bundestagswahl zu gewinnen, – so sicher wird sich dies als leere Hülse erweisen, wenn der Sieg opportunistischer Taktik zu danken ist. Anpassung an die heutige Opposition ändert politisch nichts, einerlei ob man damit Wähler gewinnt oder nicht.
Eine Überwindung der gegnerischen Kräfte erfordert ein Ja zur Konfrontation. Alles das, was heute „machbar" ist, hilft nichts, weil es nur mit Billigung der Opposition gemacht werden kann, sie daher stärkt, anstatt sie zu schwächen. Wichtig und auf lange Sicht erfolgreich ist jetzt, deutlich zu zeigen, was alles, obwohl es vernünftig, wünschenswert und durchführbar ist, heute nicht gemacht werden kann, weil die Opposition es verhindert.

10. Die CDU/CSU betrachtet die Herrschaft der Koalitionsparteien heute als lästigen Zufall, als ein regelwidriges Zwischenspiel, bis sie selber wieder an die ihr gebührende Macht kommt.
Bei einer solchen Denkungsart kann keine Demokratie gedeihen. Der Sinneswandel einer Schicht, die seit mehreren Generationen die Herrschaftsausübung als ihr natürliches Recht empfindet, kann nur durch einen längeren Ausschluß von der Regierungsmacht erreicht werden. Eine solche Entwöhnung ist nur im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung mit den Kräften im deutschen Bürgertum zu verwirklichen, die antireformerisch, fortschrittsfeindlich und vernunftgegnerisch die deutsche Politik seit Jahrzehnten geformt und getragen haben. Diese Auseinandersetzung ist nach den beiden Katastrophen von 1918 und 1945 sorgsam vermieden worden. Heute besteht die Gefahr, daß Kräfte innerhalb der Koalitionsparteien aus Scheu vor einer Konfrontation der Restauration Vorschub leisten.

11. Auch wenn die Koalitionsparteien sich zu einer Konfliktstrategie entschließen sollten, wird es ihnen allein nicht gelingen, das politische Klima in der Bundesrepublik zu ändern. Hierzu gehört mehr! Die Auseinandersetzung muß auf einer viel breiteren Front geführt werden, muß andere Kreise und Organisationen als Parteien umfassen, wenn sich das Bewußtsein von den Gefahren einer erneuten Restauration und von der Notwendigkeit durchgreifender Veränderungen durchsetzen soll.

12. Eine solche Auseinandersetzung und Bewegung in Gang zu bringen, ist die Aufgabe!

Einladung zur

Landeskonferenz der HU Nordrhein-Westfalen

am Samstag, den 19. Oktober 1974, 15.00 Uhr
in der Landesgeschäftsstelle, 43 Essen 1, Gebhardstraße 13
(Nähe Klinikum Essen)

Tagesordnung:

1. Neuwahl der drei Landessprecher und des Kassierers
2. Möglichkeiten des Bildungswerkes der HU NRW e. V. und deren bessere Nutzung
3. Berufsverbote in Nordrhein-Westfalen
4. Praxis der Fristenregelung, Möglichkeiten der HU
5. Unterrichtsfach „Politik" an den Schulen in Nordrhein-Westfalen
6. Trennung von Kirche und Staat – Kongreß der HU und Resolution
7. Berichte aus den Ortsverbänden und den Arbeitskreisen
8. Kandidatenvorschläge für die Bundesdelegiertenkonferenz der Humanistischen Union Anfang 1975
9. Verschiedenes

Personalien

Erwin Fischer (Ulm), langjähriger Streiter gegen klerikale Sonderrechte, den Lesern der „Mitteilungen" bekannt als Buchautor und Vortragsreisender in Sachen „Trennung von Staat und Kirche", vollendete am 7. August sein 70. Lebensjahr.

Der gebürtige Reutlinger, der u. a. die einstmals berühmte Freie Schulgemeinde Wickersdorf in Thüringen besuchte (Gründer: Gustav Wyneken), studierte von 1922–1926 Staats- und Rechtswissenschaften und wurde 1930 Anwalt sowie gleichzeitig Geschäftsführer und Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik. 1933 wurde Erwin Fischer aus politischen Gründen seines Amtes enthoben, konnte aber eine Anstellung beim „Reichsverband der Volksmusik" und anderweitig finden. Von 1943 bis 1945 war er Soldat.

Seit 1950 in Ulm wieder als Anwalt tätig, begründete er dort u. a. die „Gesellschaft für Bürgerrechte". Publizistisch trat er in ähnlichem Sinn hervor mit seiner inzwischen 12mal aufgelegten Schrift „Deine Rechte im Staat". Als Spezialist im Staatskirchenrecht errang Fischer einige stark beachtete Prozeßerfolge, darunter in einem bis zum Bundesverfassungsgericht geführten elfjährigen Rechtsstreit gegen die Heranziehung eines kirchlich ungebundenen Ehepartners zur Kirchensteuer des anderen Ehepartners. Zur Zeit vertritt er vor dem Bundesverfassungsgericht Kläger gegen die betont christliche Form der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg und Bayern, gegen das Schulgebet und gegen die Aushöhlung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Seinem 1972 in neuer Bearbeitung erschienenen Buch „Trennung von Staat und Kirche", das scharfe Kritik an der Doktrin einer gleichrangigen „Partnerschaft von Staat und Kirche" übt, konnten selbst kirchliche Kreise den Respekt nicht versagen. Die linkskatholische Zeitschrift „Kritischer Katholizismus" z. B. bezeichnete Fischer als den „Hauptinspirator der liberalen Thesen über Trennung von Staat und Kirche".

Erwin Fischer, der der HU von früh an verbunden war und ihren Ulmer Ortsverband ins Leben rief, wurde mehrfach in den Bundesvorstand gewählt und ist Mitglied des Beirates und Mitherausgebr der VORGÄNGE.

PS: Sein Buch „Trennung von Staat und Kirche" kann zum Sonderpreis von 4,80 DM bei der Bundesgeschäftsstelle bezogen werden.

Klaus Scheunemann

Liebe Mitglieder,

was haben wir 1974 bisher geleistet? Unmittelbar vor der dritten Lesung der Gesetzentwürfe zur Reform des § 218, erschien unsere Annonce „§ 218: Nein – Fristenregelung: Ja" in der Frankfurter Rundschau. Für die Annonce „Schluß mit dem Blutvergießen in Chile – Für die Einhaltung der Menschenrechte" zeichneten wir ebenfalls verantwortlich.

Wir haben ein neues Informationsfaltblatt erarbeitet, das in ansprechender Form in einer Auflage von 26.000 Exemplaren gedruckt wurde. Zwei Broschüren „Erziehung zur Erziehung" und „Glaubensfreiheit, Kirchenprivilegien und die sogenannte Partnerschaft von Staat und Kirche", mit Auflagen von jeweils 5.000 Exemplaren, dienen zusätzlich unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Der Einsatz hat sich gelohnt. Unsere Mitgliederzahl steigt.

Um so weiterzuarbeiten reichen unsere Mitgliedsbeiträge nicht aus. Wir brauchen Spenden um unsere Ideen zu verwirklichen. Darum liegen diesen Mitteilungen eine Zahlkarte mit dem Spendenbetrag von 30,00 DM bei. Sollten Sie einen niedrigeren oder höheren Betrag spenden wollen, verwenden Sie bitte die andere Zahlkarte.

Was werden wir mit den Spenden tun? Wie auf Seite 1 ausführlich berichtet, werden wir am 30. 11. und 1. 12. 1974 ein öffentliches Gespräch über das Thema „Kommt eine neue Restauration? – Wie kann ihr begegnet werden?" in Wiesbaden veranstalten. Eine Reihe von Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten hat bereits die Teilnahme zugesagt. Die Ergebnisse sollen in Buchform erscheinen.

1975 wollen wir unsere Aktivität auf Bundes-, Landes- und Ortsverbandsebene noch verstärken! Dazu brauchen wir auch Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank im voraus!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Dr. Hans Robinsohn

§ 218

Ärztliche Beratungsgruppe der HU

In Lübeck besteht seit Neufassung des Strafrechtsparagraphen 218 eine „ärztliche Beratungsgruppe der Humanistischen Union". Da sie bereits mehrfach, kostenlos, auch z. B. aus Mölln und Neustadt/Holstein, in Anspruch genommen wurde, hat der Landesvorstand der HU Schleswig-Holstein beschlossen, sie als „Freie Frauen- und Familienberatung" für das gesamte Gebiet des Landesverbandes wirksam werden zu lassen.

Darüber hinaus wurde der Bundesvorstand in Kenntnis gesetzt, daß die aus Ärzten der freien Praxis, der Klinik und der Sozialmedizin zusammenarbeitende Gruppe unter der Adresse des Ortsverbandes Lübeck der Humanistischen Union allen Ratsuchenden gemäß § 218 c Abs. 1 Nr. 1 zur Verfügung steht.

Man kann mit der Beratungsstelle in Verbindung treten über die Telefonnummer (0451) 50 13 16 (HU-Lübeck) oder vormittags von 9–12 Uhr (montags bis freitags) über die freie Kinderspielgruppe der HU-Lübeck, Telefon (0451) 7 26 86.

Anschrift: Humanistische Union Ortsverband Lübeck, 24 Lübeck, Volkerstraße 34.

Einladung zu einem Gespräch über das Thema:

Kommt eine neue Restauration? — Wie kann ihr begegnet werden?

in Wiesbaden am 30. 11. und 1. 12. 1974 im Kurhaus.

Tagungsbeginn: Samstag, den 30. 11. 1974, 15.00 Uhr
Tagungsende: Sonntag, den 1. 12. 1974, 13.00 Uhr

Jeder Teilnehmer muß für die Fahrt und den Aufenthalt selbst aufkommen. Hotelliste etc. wird nach Anmeldung zugesandt.

Interessenten werden gebeten, den Anmeldeabschnitt möglichst bis 7. Oktober 1974 ausgefüllt und unterschrieben einzusenden:

Bitte hier abtrennen!

An die
Bundesgeschäftsstelle
der Humanistischen Union
8 München 2
Bräuhausstraße 2

Anmeldung zum Gespräch „Kommt eine neue Restauration? – Wie kann ihr begegnet werden?"
(Bitte in Druckbuchstaben):

Name: .....

Anschrift: .....

Datum: .....

Unterschrift .....

Ist Strafvollzug nötig?

Zusammen mit dem Montag-Club veranstaltete der Ortsverband Bonn der Humanistischen Union am 27. Mai 1974 im Foyer des Rheinischen Landesmuseums eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ist Strafvollzug nötig?". Diskussionsteilnehmer waren Dr. Christian Dästner (Richter), Dipl.-Psych. Dr. Gero Lutz Leky, Dipl.-Psych. Konrad Beikircher, Alo Hauser (MdB CDU), Wilderich Ostman von der Leye (MdB SPD), Herr Schulz-Thornau (FDP) und Ansgar Skriver (WDR) als Gesprächsleiter.

Schwerpunkt der Veranstaltung war die Frage nach den Ursachen von Kriminalität und somit nach dem konkreten Punkt, an dem Strafvollzug ansetzen muß, um wirksam werden zu können. Insofern war es Ziel der Veranstaltung, über die Suche nach Möglichkeiten der leidensmildernden Einzelhilfe hinaus nach einer generellen, das heißt politischen Verbesserung zu streben.

Die anwesenden Experten gestanden zu, daß die kriminologische Wissenschaft noch nicht in der Lage ist, mit letzter Sicherheit über die aufgeworfenen Fragen nach den Ursachen von Kriminalität Auskunft zu geben. Allerdings sind soziologische Untersuchungen unwiderlegt, die als entscheidenden Faktor soziale Bedingungen nennen. Kriminalität, so kann man hieraus folgern, findet ihren Ursprung zum größten Teil in Sozialisationsschäden. Daher ist der heutige Strafvollzug das denkbar ungeeignetste Mittel zur Verminderung von Kriminalität, da er deren Ursachen verstärkt und das kriminelle Verhalten reproduziert. Die Ursachenforschung wird also die Frage, ob Strafvollzug nötig ist, verneinen müssen und den Vorschlag unterbreiten, den Strafvollzug durch Bewährungsvollzug zu ersetzen.

Für eine solche Umwandlung bedarf es einer Konzeption, die hier und heute im Strafvollzug Anwendung zu finden und diesen von innen her zu reformieren vermag.

In der Vergangenheit und Gegenwart gab es und gibt es in der BRD eine Reihe von Versuchsanstalten und in normalen Anstalten betriebenen Therapiemodellen, die mit unterschiedlichem Ansatz und Erfolg aufwarten können. Nicht zuletzt sind hier auch Arbeitsgruppen der Humanistischen Union zu nennen, wie etwa die des LV NRW in Essen. Die meisten dieser Versuche scheitern jedoch nach einiger Zeit. Zum einen taucht in den meisten Fällen bei der zuständigen Behörde oder gar beim Land Unmut auf, was zur Sperrung der finanziellen Mitteln führt. Dies ist etwa im Falle des Dürener Modells eines offenen Therapievollzugs geschehen. Zum andern wendet sich die Therapie gegen einen Zustand, mit dem und in dem der Gefangene außerhalb der Therapie sein tägliches Dasein fristet.

Von daher sind die Erfolge der therapeutischen Behandlung von vornherein fraglich und die engagierten Betreuer, insbesondere soweit sie Laien sind, neigen dazu, rasch zu resignieren, da die Arbeit fruchtlos erscheinen muß. Erforderlich ist also, daß die Therapie in bedeutend größerem Rahmen stattfindet. Nicht nur die Therapie selbst muß den Gefangenen soziales Verhalten ermöglichen, sondern der gesamte Anstaltsalltag; nicht nur die Anstalt muß um die Behebung der Kriminalitätsursachen bemüht sein, sondern die ganze Gesellschaft. Strafvollzug ist also nicht caritative, sondern politische Aufgabe.

Die inzwischen vom Gesetzgeber unter dem Druck des Bundesverfassungsgerichts, welches den jetzigen Vollzugszustand für verfassungswidrig hält, endlich angekurbelte Reform des Strafvollzugs scheint den kriminologischen Erkenntnissen zumindest in Ansätzen Rechnung zu tragen. So ist die sozialtherapeutische Anstalt als Regelvollzug vorgesehen, allein wird die Verwirklichung am Veto der Finanzminister der Länder (übrigens sämtlicher Länder) scheitern. Insofern ist die Frage der Strafvollzugsreform keine Kontroverse zwischen den einzelnen Parteien des Bundestages, sondern zwischen Bundestag und Bundesrat.

Die hervorragend besuchte Veranstaltung, die bei den Zuhörern auf großes Interesse und rege Beteiligung stieß, hat deutlich werden lassen, daß die Frage des Strafvollzuges gerade heute von größter Brisanz ist. Im nächsten Jahr steht voraussichtlich die Verschiebung des Strafvollzugsgesetzes im Bundestag an. Bis dahin ist Gelegenheit, auf unsere Volksvertreter Einfluß zu nehmen und die Vorstellungen der Humanistischen Union vorzutragen. Der Bonner Ortsverband beabsichtigt, zum Thema Strafvollzug eine Kommission ins Leben zu rufen, die längerfristig tätig bleiben soll. Überdies erscheint es sinnvoll, daß die Humanistische Union als Ganzes, zumindest jedoch auch andere Orts- und Landesverbände sich mit diesem Problemkreis befassen. Wichtig ist dann eine gute Koordinierung.

Homosexuelle zunehmend von der Bevölkerung akzeptiert

Im Auftrag der Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung (GFSS) wurden 5.000 Personen nach ihrer Meinung über Homosexuelle befragt. Bei einer ersten Auswertung erkannten die Sexualforscher drei Grundhaltungen gegenüber homosexuell orientierten Menschen:

1. Ablehnung 13–17% (je nach Bundesld.)
2. Duldung (Toleranz) 41–47%
3. Bejahung (Akzeptanz) 40–43%

Diese Ergebnisse bestätigen eine Entwicklung der öffentlichen Meinung gegenüber Homosexuellen dahingehend, daß diese zunehmend als „vollwertige Bürger" und „natürlicher und unschädlicher Bestandteil jeder Gesellschaft" angesehen werden.

Ein merklich anders Bild ergeben lediglich die Umfrageergebnisse aus Bayern. Dort lehnen 28% die Homosexuellen ab und wollen sie „von der normalen Gesellschaft isolieren" bzw. – im Interesse der „guten Sitten" – sogar „notfalls operativ behadeln". In Bayern werden Homosexuelle auch nur von 35% der Bevölkerung geduldet (Hessen: 47%) und von nur 37% akzeptiert (Hamburg: 43%).

Die GFSS, in der sich namhafte deutsche und ausländische Wissenschaftler engagiert haben, will durch Forschungen und öffentliche Aufklärung falsche Vorstellungen über menschliche Sexualität abbauen. Nach Ansicht führender Sexualforscher beruht u. a. auch die traditionelle Diskriminierung homosexueller Liebesbeziehungen auf sozialschädlichen Vorurteilen. Die Einstellung zur Homosexualität und zur Sexualität anderer Menschen generell gilt als ein Gradmesser für das Verhältnis zur eigenen Sexualität. Die Sexualforscher meinen, daß die Achtung vor dem Sexualleben Anderer, auch wenn sich dieses vom eigenen und gewohnten unterscheidet, eine wichtige Voraussetzung für ein gesundes, unverkrampftes und partnerschaftliches Sexualverhalten ist.

Bitte die noch ausstehenden

Mitgliedsbeiträge überweisen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678

Postscheck München 104200-807 **Spenden stärken unsere Arbeit**

Neue Bücher

Biermann's kinderpschyologisches Einerlei

Mich hat kaum ein Buch so enttäuscht wie dieses. Von Gerd Biermann, dem wir eine ausgezeichnete Dokumentation über Kindesmißhandlungen verdanken hätte ich anderes erwartet . . .

. . . als eine verwirrende, oberflächliche Aneinanderreihung sich widersprechender Theorien ohne Wertung und Stellungnahme

. . . als eine weitgehende Glorifizierung bestehender Verhältnisse und Einrichtungen (siehe S. 33: „. . . die These von der Trennungsangst des Kindes, deren konsequente (!) psychohygienische Beachtung zu weitreichenden (! Änderungen der Mutter-Kind-Situation in unseren (!)Krankenhäusern geführt hat")

. . . als eine Beschränkung auf Minimalforderungen bzw. Empfehlungen an die Öffentlichkeit: Kaum je wird Kritik laut, und dann nur sehr zaghaft und vage; meist wird der schwarze Peter den Eltern, speziell der Mutter, zugeschoben

. . . als die selbstverständliche Übernahme oder gar Empfehlung von Erziehungspraktiken, die zwar gang und gäbe sind, aber aus der Feder eines Psychologen befremdlich klingen, — besonders was die Sauberkeitsdressur betrifft (Beginn, Dauer, Intensität, Maßnahmen!). Hier ist von Drohungen die Rede, von Warnungen, vom „Strafvollzug (!) beim Kind", immer wieder vom „Grenzensetzen", vom „energischen Nein", von Appellen „durch körperliches Eingreifen"; nie auch nur andeutungsweise davon, dem Kind etwas zu erklären

. . . als die unkritisch übernommenen psychoanalytischen Fehlleistungen (damit erweist Biermann der Psychoanalyse keinen guten Dienst), als da z. B. sind: die Überbetonung des Ödipuskomplexes (ist wirklich jeder Junge bei uns mit einem solchen behaftet?) und vor allem die penetrante Mutterideologie und strikte Rollentrennung: Der Vater ist fürs Über-Ich zuständig und für Leistung, die Mutter für alles andere. Sie ist so ziemlich an allem schuld (Sündenbock), zumal wenn sie es wagt, berufstätig zu sein. Mindestens dreimal ist von der „Mutter als Schicksal" (des Kindes) die Rede. Bezeichnend ist die Einleitung zum Kapitel „Kind und Vater": . . . „Stellen wir diesen mütterlichen Fehlhaltungen (!) im Erziehungsvorgang nunmehr die Aufgaben väterlicher Verantwortung gegenüber". Und dann läßt sich Biermann über „spezifisch männliche Charaktereigenschaften" aus, wie „Ehrgeizhaltung und Erfolgsstreben". — Interessant ist allein schon das zahlenmäßige Verhältnis Mutter-Vater in diesem Buch: Auf den ersten 25 Seiten zählte ich das Wort „Vater" 11mal, das Wort „Mutter" dagegen 188mal. Verhältnis also 1 : 17. Hier ist von der Mutter durchschnittlich auf jeder Seite 7mal die Rede, vom Vater alle zwei bis drei Seiten ein mal!

. . . als eine Wiederveröffentlichung von Artikeln zu einem Großteil gleichen Inhalts, ohne es der Mühe wert zu finden, diese einander anzupassen: Etliche Passagen kehren fast wortwörtlich wieder! Kinderärzte, die es noch nicht wissen sollten — es gibt leider noch zu viele davon — und Medizinstudenten können immerhin erfahren, wie wichtig die Bindung eines Kindes an seine Bezugspersonen (aber doch nicht die Mutter allein!) ist, bzw. wie schlimm sich Trennung (z. B. durch Krankenhausaufenthalt) auswirkt.

Keineswegs empfehlen kann man das Buch Erziehern, speziell Eltern, für die es ja gedacht ist . . .

Biermann spricht wiederholt von der Verunsicherung speziell der jungen Mütter. Sein Buch trägt dazu bei.

Gerd Biermann: Die psychosoziale Entwicklung des Kindes in unserer Zeit; Ernst Reinhardt Verlag, München/Basel, 170 Seiten mit 21 Kinderzeichnungen; Leinen 22 DM, Pbck. 18 DM.

Johannes Glötzner

Schwarze Politik

Mit diesem „Lesebuch zur CSU", in dem sich sozialliberale Politiker aus Bayern mit Bundes- und Landespolitik der CSU auseinandersetzen, ist sicher ein guter, kritischer Beitrag für am politischen Geschehen Interessierte geleistet worden.

Einige Autoren und die Themen ihrer Beiträge:

Dr. Jürgen Böddrich, stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion und Mitglied der HU: Hinhaltetaktik gegen Gesamthochschulen

Herbert Christ, FDP-Bundestagsabgeordneter: Der mißbrauchte Bundesrat

Rüdiger Offergeld, Bundesvorsitzender der Junglehrer in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Ein unredlicher Minister — eine unredliche Schulpolitik

und Sieghart Ott, Rechtsanwalt, Mitglied der HU: Linksfixiert und rechtsblind

Besonders unseren Mitgliedern in Bayern sei dieses Buch empfohlen. Es zeigt auf, wie wichtig eine stärkere Aktivierung, auch der HU-Arbeit, gerade in diesem Bundesland ist.

(Stephan Schmidt (Hrsg.) Schwarze Politik aus Bayern — Ein Lesebuch zur CSU, Hermann Luchterhand Verlag, 156 Seiten, 5,80 DM).

Peter Bernhardi

Sonderangebot

Den kompletten Jahrgang unserer „Kulturpolitischen Korrespondenz Vorgänge" 1969, bieten wir Ihnen zum Preis von 12,00 DM plus Versandkosten (2,— DM) an.

Einige Hinweise auf Inhalt und Umfang werden Ihnen zeigen, daß sich der Kauflohnt.

Der Jahrgang umfaßt 12 Hefte mit insgesamt 436 Seiten.

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
„Du sollst nicht töten / Staatliche Gewalt und die Idee der Gewaltlosigkeit

Prof. Dr. Eduard Hapke
Sexuelle Erziehung heute

Dr. Helga Einsele
Ein besserer Strafvollzug — oder etwas was besser ist als Strafvollzug?

Prof. Dr. Jürgen Seifert
Verfassungsregeln im politischen Konflikt

Dr. Joachim Kahl
20 Thesen über die Unwissenschaftlichkeit der Theologie

An die Bundesgeschäftsstelle der HU
8 München 2, Bräuhausstraße 2

Hiermit bestelle ich

..... Jahrgang der „Vorgänge 1969" zum Preis von 12,00 DM
plus Versandkosten.

Name: .....

.....

Anschrift: .....

.....

Datum: .....

Unterschrift: .....

. . . Bevor Sie unsere Mitteilungen aus der Hand legen, denken Sie bitte daran, wie wichtig Ihre Spende für unser gemeinsames Ziel ist.

Ihr Peter Bernhardi

Kongreß: **Freie Kirchen in der freien Gesellschaft**
Zur Diskussion des Verhältnisses von Staat und Kirche

in Dortmund – Samstag/Sonntag 26./27. Oktober 1974 Fritz-Henßler-Haus (Volkshochschule), Bornstraße 1
Veranstalter: Humanistische Union / Jungdemokraten

Vorbemerkung:

Der Kongreß soll einen Beitrag zur weiteren Versachlichung der demokratischen Diskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche in der BRD leisten und Gemeinsamkeiten liberaler Staatskritik, marxistischer Gesellschaftskritik und christlicher Selbstkritik herausarbeiten helfen.

Kongreßprogramm:

Samstag, den 26. 10. 1974

14.00–14.15 Eröffnung
14.15–14.50 Will der Liberalismus die Kirchen aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängen?
Ref.: Nikolaus Koch, Witten
14.50–15.25 Grundzüge marxistischer Religionskritik
Ref.: Robert Steigerwald, Eschborn
15.40–16.15 Das Demokratieverständnis der katholischen Kirche
Ref.: Horst Hermann, Münster
16.15–16.50 Das Demokratieverständnis der evangelischen Kirche
Ref.: Hans-Jürgen Benedict, Bochum
16.50–17.25 Kirche zwischen Restauration und Revolution
Ref.: Hubertus Mynarek, Kitzingen
17.45–19.15 ARBEITSKREISE
Kirche und Liberalismus
Leitung: Theo Schiller (Marburg)
Kirche und Marxismus
Leitung: N.N.
Kirche und Demokratie
Leitung: Ursula Boos-Nünning (Rheydt)
20.00 PODIUMSDISKUSSION
Wie demokratisch sind die Kirchen?
Zu den Möglichkeiten der Kirchen in der demokratischen Gesellschaft
Teilnehmer:
Hans-Jürgen Benedict / Horst Hermann / Nikolaus Koch / Hubertus Mynarek / Rüdiger Reitz (SPD) / Theo Schiller (Jungdemokraten) / Robert Steigerwald / N. N. (CDU) / N. N. (FDP) / N. N. (Kath. Kirche) / N. N. (Evangelische Kirche)
Leitung: Peter Rath

Sonntag, den 27. 10. 1974

9.00–10.00 ARBEITSKREISE (Fortsetzung)
10.00–10.30 PLENUMSBERICHT
10.45–12.45 KOLLOQUIUM
Freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller
Gemeinschaftsaufgabe von Marxisten, Christen und Liberalen?
Teilnehmer:
Hans-Jürgen Benedict, Horst Hermann, Nikolaus Koch, Hubertus Mynarek, Theo Schiller, Robert Steigerwald
Leitung: Peter Rath

Teilnehmerbeitrag:
5,– DM, Schüler und Studenten: 2,– DM

Anmeldungen an:
Kongreß „Freie Kirchen in der freien Gesellschaft", c/o Peter Rath, 46 Dortmund-Brackel, Postfach 3260

Die Arbeitsunterlagen werden nach Überweisung des Teilnehmerbeitrages auf das Kongreßkonto
Postscheckamt Dortmund Konto-Nr. 22 11 - 467 (Sonderkonto)
zugesandt. Arbeitskreisangabe mit der Anmeldung erbeten. Für Verpflegung und Übernachtung ist selbst zu sorgen (Unterlagen des Verkehrsamtes Dortmund werden zugesandt). Fahrgeldrückerstattung für Teilnehmer aus NRW ist auf Antrag möglich.

HU-Verband Saar diskutiert über Bürgerinitiativen

„Sind die Bürgerinitiativen am Ende?" – so lautete das Thema eines Referats unseres Vorstandsmitglieds Klaus Scheunemann (Frankfurt), zu dem der im Neuaufbau begriffene Landesverband Saar am 20. August in den Saal der Arbeitskammer Saarbrücken einlud. Vor einem kleinen aber interessierten Zuhörerkreis skizzierte Scheunemann die Schwierigkeiten der Bürgerinitiativen in einer Zeit des konservativen „Backlash". Auch wenn im Gefolge der Studentenrevolte von 1967/68 durch Bürger- und Wählerinitiativen viel in Bewegung gebracht worden sei, was von den Berufspolitikern aller Ebenen vorher vernachlässigt wurde, sei es unsinnig, sich der Illusion hinzugeben, daß Bürgerinitiativen heute überflüssig seien. Jener Reformdruck, der im beruflichen Bereich von den Gewerkschaften oder von Berufsverbänden ausgehen könne, könne im außerberuflichen Bereich, dem der sogenannten Reproduktion, am ehesten von Bürgerinitiativen entwickelt werden. Die möglichen Ansatzpunkte reichten dabei von mangelhafter Kindergartenversorgung bis zur Umweltvergiftung. Aufgabe von HU-Ortsverbänden sollte es deshalb sein, Projektgruppen zu bilden, die ein örtlich brisantes Thema aufgreifen und zur Keimzelle einer Bürgerinitiative werden könnten. Mittelfristig sei anzustreben, dem in Bürgerinitiativen zum Ausdruck kommenden Bedürfnis nach mehr direkter Demokratie dadurch Rechnung zu tragen, daß zumindest auf kommunaler Ebene Bürgerbegehren und Bürgerentscheide nach Schweizer Vorbild in den Gemeindeordnungen der Länder verankert würden.

Bei dieser Gelegenheit sei erneut darauf hingewiesen, daß das von Heinz Großmann herausgegebene Taschenbuch über Bürgerinitiativen (Preis DM 3,80) bei der Bundesgeschäftsstelle bestellt werden kann. Und hier noch die Kontaktadresse des Landesverbandes Saar: Ludwig Wehner, 66 Saarbrücken, Stieringer Str. 17, Telefon (0681) 5 67 47.

An die Humanistische Union,
8 München 2, Bräuhausstraße 2

Hiermit bestelle ich

..... Exemplare
„Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung"
(Preis DM 3,80 + Versandkosten)

Name: _____

Anschrift: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Kurzberichte Informationen Einladungen

OV Dortmund
Das Gesundheitswesen vor und nach dem Putsch in Chile

Zu dieser Informationsveranstaltung lud der Ortsverband Dortmund am 26. Juli 1974 ein. Damit wollte der OV seine Solidarität mit den chilenischen Demokraten ausdrücken und im Zusammenhang mit dem Militärputsch in ,Chile die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf restaurative Tendenzen in der Bundesrepublik selbst richten.

Nach den Ausführungen von Dr. med. Alberto Neumann und Dr. med. Jaime Daran, Ärzte, die der Militärjustiz in Chile entkamen, folgte eine lebhafte Diskussion. Die Teilnehmer verurteilten den Terror der chilenischen Militärjunta und besprachen Hilfsmaßnahmen für verfolgte Chilenen.

OV Essen
Herbstveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule

1. Arbeitskreis Randgruppen
freitags, 20.15–21.45 Uhr
Beginn 20. September

2. Abbau von Sprachstörungen
Donnerstag, 19. September,
20.15–21.45 Uhr

3. Wie können Eltern ihrem leserechtschreibschwachen Kind helfen?
Donnerstag, 26. September,
20.15–21.45 Uhr

Veranstaltungsreihe „Staat und Kirche in der Bundesrepublik"

1. Über Aggressivität und Friedensunfähigkeit im Christentum
Prof. Halbfas
Donnerstag, 7. November, 20.15–21.45 Uhr

2. Warum ich aus der Kirche austrat
Prof. Mynarek
Donnerstag, 14. November, 20.15–21.45 Uhr

3. Die Kirchen zwischen Konformismus und Revolution
Prof. Koch
Donnerstag, 21. November, 20.15–21.45 Uhr
Alle Veranstaltungen sind öffentlich und gebührenfrei.

OV Frankfurt
HU-Sommerfest mit Limericks

Unter dem Motto „Humanism goes happy" veranstaltete der OV Frankfurt/M. am 16. August in der Stadthalle Eschborn sein zweites Sommerfest. Wie im vergangenen Jahr wurde unter Leitung des HU-Bundesrevisors Walter Schachtel eine Auktion von Sachspenden (Bücher, Schallplatten, Posters etc.) veranstaltet, deren Erlös von DM 230,– der Unterstützung von Strafentlassenen zugute kommen soll. Mit einem Fragebogen zur Prognostizierung von Politiker-Karrieren („Was macht die Renger in fünf Jahren?") sowie mit Tonbandmusik sorgten Volker Hummel und Jürgen Gandela für einen abwechslungsreichen Ablauf. Als Einlagen wurden die Ergebnisse eines Limrick-Wettstreits verlesen. Die Aufgabe bestand darin, Limricks zu verfassen und dabei u. a. folgende Namen und Begriffe einzuarbeiten: Emanzipation, Episkopat, Filbinger, FKK, Indikation, Inflation, Kluncker, machbar, Wehner. Hier einige Resultate:

Als Helmut aus Hamburg es sah
wie schwer machbar ein Sparetat
sprach zum Filbinger er
bei Beamten und Heer
spar'n wir Uniform durch FKK.

Der Wehner ging schwanger nach Rom
zu erfleh'n eine Indikation
denn im Leib fühlte er
ein Ge-Kluncker schwer
doch Papst Paul sprach:
Das ist nur Inflation.

'ne Emanze ging abends mal spät
und mit allerlei Liebesgerät
zu 'nem steifen Prälat
vom Episkopat
jetzt hat der sich politisch gedreht.

OV Hamburg
Warum ich aus der Kirche austrat

Der „Deutsche Volksbund für Geistesfreiheit" und die HU führen am 22. Oktober 1974 eine öffentliche Veranstaltung durch. Es spricht der Autor des Buches „Herren und Knechte der Kirche", Prof. Dr. Hubertus Mynarek, zu dem Thema „Warum ich aus der Kirche austrat".

Professor Mynarek wird als ehemaliger Ordinarius für katholische Theologie und für Religionswissenschaft an der Universität Wien – 1971/72 war er Dekan der dortigen Theologischen Fakultät – in seinem Vortrag zu folgenden Fragen Stellung nehmen:

Ist Theologie eine Wissenschaft?
Soll konfessioneller Religionsunterricht noch heute an öffentlichen Schulen erteilt werden?

Trennung von Staat und Kirche – ein Problem?

Ort: Amerika-Haus Hamburg, Tesdorpfstraße 1 (Nähe Bahnhof Dammtor)

Beginn: 20.00 Uhr

Einlaß: 19.30 Uhr; Unkostenbeitrag: 3,– DM (Schüler, Lehrlinge, Studenten, Rentner: 1,– DM)

Im Anschluß an den Vortrag findet eine Podiums-Diskussion statt, zu der Journalisten und Vertreter der beiden Großkirchen eingeladen werden. Nach der Podiums-Diskussion können Fragen aus dem Teilnehmerkreis behandelt werden.

HU-Landesverband Hessen
Für Überprüfung lebenslanger Haftstrafen bereits nach neun Jahren
Offener Brief der Humanistischen Union Hessen an Justizminister Vogel

Der Landesverband Hessen der Humanistischen Union hat Bundesjustizminister Vogel in einem Offenen Brief ersucht, unbeirrt an seiner Absicht festzuhalten, bei Strafgefangenen, die auf Lebenszeit verurteilt wurden, nach Ablauf von 12 bzw. 15 Jahren zu prüfen, ob eine Strafaussetzung auf Bewährung verantwortet werden kann. Das Bundesjustizministerium sollte sich bei seinem Vorhaben auch nicht stören lassen durch Einwände aus dem CSU-geführten Justizministerium des Freistaates Bayern, sondern es sollte im Gegenteil überlegt werden, ob nicht – angesichts der persönlichkeitszersetzenden Wirkung eines langwährenden Freiheitsentzuges – eine Haftüberprüfung bereits nach neun oder zehn Jahren erfolgen kann. „Selbstverständlich muß dabei auch den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit Rechnung getragen werden", heißt es in dem von der Landessprecherin der hessischen Humanistischen Union, Beate von Devivere, unterzeichneten Schreiben, das mit folgenden Sätzen schließt:
„Auf jeden Fall empfinden wir die bislang übliche Praxis von Begnadigungen nach dem bloßen Ermessen der Ministerpräsidenten der Länder als ein Relikt aus den Zeiten der Monarchie. Mit Ihnen sind wir der Meinung, daß es gilt, bundeseinheitliche Maßstäbe für eine Haftüberprüfung zu schaffen und dabei die Fristen so zu wählen, daß den Betroffenen noch die Möglichkeit zu einem sinnvollen Neubeginn in der Freiheit eingeräumt wird."

OV Nürnberg
Referat des Bundesgeschäftsführers über Arbeit und Aufgaben der HU

Anläßlich der Mitgliederversammlung am 5. 7. 1974 berichtete Peter Bernhardi über die Aktivitäten der HU auf Bundes-, Landes- und Ortsverbandsebene, insbesondere auch über Referate und Diskussionen des Verbandstags. In der folgenden Diskussion waren die Teilnehmer sich einig, daß die HU gerade aufgrund der restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik ihre Bemühungen weiter verstärken muß.

Diskussion

Was haben wir zu bieten?
Das Thema „Mitgliederwerbung", die nach einem Vorschlag von Katharina Seibert (2/74) auch in Altenheimen erfolgen sollte, hat Dr. John Leslie aus Bielefeld zu folgender Stellungnahme veranlaßt:

„Es geschieht nicht gerade häufig, daß man in Kreisen der HU etwas über Alten-

hilfe hört, um so mehr dafür von Erziehungs- und Schulproblemen, was bei der Zusammensetzung der Mitgliedschaft ja nicht weiter verwunderlich ist. Nun ist es aber doch geschehen, und zwar merkwürdigerweise im Zusammenhang mit der Mitgliederwerbung. Ich stelle nicht die Lauterkeit der Absichten in Frage, möchte aber der Verfasserin raten, nicht ohne Befragung der Betroffenen, also der Alten selbst, Rezepte zu propagieren, die sich an Erfahrungen aus dem westlichen Ausland und der DDR anlehnen. Zunächst was das letztere Land anbetrifft, so würde ich vorsichtig sein, weil es sich ja um keine Demokratie handelt und die Rechte des Individuums leicht einem von der Partei verordneten Kollektivismus geopfert oder wenigstens untergeordnet werden. Zweifel dürften daher an der „Freiwilligkeit" der genannten „Altenwerkstätten" geäußert werden. Möglicherweise ist das in Frankreich anders, aber wir sind keine Franzosen, und es besteht die Gefahr (ich hörte die Befürchtung von einem Heimbewohner), daß die vorgeschlagene „Beschäftigungstherapie" bei der andersgearteten deutschen Mentalität leicht in Zwang ausartet. Muster dafür gibt es z. B. in Heimen für geistig Behinderte, die zu schwerer Arbeit gezwungen, oft genug auch körperlich gezüchtigt werden.
Das viel Näherliegende wurde von Frau Seibert nicht erwähnt: daß nämlich genügend finanzielle Mittel schon beim Einzug in ein solches Heim in Form eines Taschengeldes zur Verfügung stehen sollten und nicht erst in monatelangen Kämpfen mit Ämtern von den Bewohnern erkämpft werden müssen. So sieht es nämlich in der Praxis aus.

Übrigens — wie viele HU-Mitglieder sind als Pfleger in Altenheimen tätig? Wäre es nicht eine lohnende Aufgabe, einmal diesen Personenkreis in unsere Werbetätigkeit einzubeziehen? Nur — was hat die HU diesen Leuten auf der Gegenseite anzubieten? Vielleicht wäre es der Mühe wert, einmal darüber nachzudenken."

● **Nochmal: Fests Hitler-Buch**

Gar nicht einverstanden mit der Zuschrift von Professor Gert von Eynern (2/74) ist Gerda Guttenberg aus Frankfurt. Sie teilt mit, das Buch von Fest sei jetzt in Englisch erschienen und habe in den angelsächsischen Ländern Bestürzung ausgelöst:

„New Statesman vom 19. 7. 74 nennt das Buch eine FESTSCHRIFT und man kann ahnen, was das alles beinhaltet . . .
Fests merkwürdige Anschauungen, Personen, aber auch Städte wie Wien auf die Couch zu legen und Hitler so als Wagnerische Figur erscheinen zu lassen, wird an dem „distinctly" German Product angeprangert. Soll das, so schreibt die Wochenzeitung, der gegenwärtig in Deutschland herrschende Geist sein? Wenn ja, muß man schaudern. Von irgendwelcher Schuld oder auch einer Verantwortung ist nur Irrelevantes zu finden. Hitler würde noch dargestellt als der Inbegriff bürgerlicher Tugenden und Werte — dargestellt wie ein Nachschlagewerk, wenn auch zu Zeiten fragmentarisch, und dann wieder recht ungeordnet, hat sich in den Elementen und aus ihnen der Nationalsozialismus gebildet und erhalten . . .
Das Buch ist angetan, jetzt einen Freispruch für Hitler festzuschreiben.
Dem Briefschreiber von DISKUSSION, Prof. von Eynern, möchte man sagen, Demonstrationen gibt es dort, wo Menschen begriffen haben, daß es Fehlentwicklungen gegeben hat, daß man sich wehren muß und in der allgemeinen Ohnmacht wird dann die Demokratie das billigste, aber doch immerhin sichtbare Zeichen. Hitler ist aber nicht aufgearbeitet: die Mörder und Totschläger, sonst als Kriminelle verschrien, leben unbehelligt, es ist kein Hinderungsgrund zum Aufstieg in die höchsten Ämter, als Funktionäre der NSDAP gedient zu haben. Daß sich das noch rächen wird, ist sicher."

● **Krähen hacken keine Krähen**

In den Mitteilungen 2/74 hat Hanns-Alex Harth die Frage der Selbstbewilligung von mehr Geld durch Abgeordnete angesprochen. Egbert Wenzel, Kassel, sieht Parallelen, wenn Richter über Richter zu Gericht sitzen. Zu beiden Fragen möchte er „einen praktikablen Vorschlag" machen:

„Selbstregulierungen durch mündige Menschen sind gut; Menschen aber sind nun einmal ‚schwach', fehlbar, vor allem wenn es um eigene Interessen geht.

1. Diätenerhöhungen der Abgeordneten sollten nicht mehr von diesen selbst vorgenommen werden. Der Bundesrat ist als Ersatz nur bedingt geeignet: die Minister sind, ob jetzt mit oder ohne das rheinland-pfälzische (und demnächst hessische) Recht, ihr Mandat für die Dauer der Ministertätigkeit niederzulegen oder nicht, im Regelfalle entweder gleichzeitig noch Abgeordnete oder über den Abgeordnetenstatus ins Ministeramt gerückt; ihre Wiederwahl hängt mit der Wiederwahl als Abgeordneter in der Regel eng zusammen. Die Interessenlage ähnelt somit der des Abgeordneten. Mein Vorschlag deshalb: Diätenerhöhungen für Bundestagsabgeordnete werden von einem neuen, speziell zu diesem Zweck geschaffenen Gremium beschlossen: ihm gehören alle Staatssekretäre der Innen- und der Finanzministerien der Länder an. Die Finanzministerien möchte ich da nicht allein entscheiden lassen, deshalb sollen die für Parlamentsfragen zuständigen Innenministerien mit hinzugezogen werden. Sicher: auch viele Staatssekretäre kommen über ein Mandat zu ihrem Amt. Sie streben oft nach diesem Amt wieder ein Mandat an. Dennoch sind sie von der Legislative völlig getrennt. Irgend jemand muß entscheiden, und „royal commissions" wie in England kann es bei uns nicht geben.
Über die Diätenerhöhungen bei Landtagsabgeordneten möge ein ähnliches Gremium entscheiden: die Stellvertretenden Landräte oder Erste Kreisbeigeordnete, und Bürgermeister der kreisfreien Städte (also jeweils der Zweite Mann, wie immer er heißen mag). Ich habe absichtlich die Stellvertreter genommen: zum einen will ich den ‚ersten' Männern nicht noch mehr Arbeit, damit aber auch nicht noch mehr Macht einräumen.
2. Richter sollten nicht mehr über Richter zu Gericht sitzen; die Gefahr der ‚Nibelungentreue', des ‚In-group-Denkens' ist zu groß. (Was dem passiert, kann mir ja auch mal passieren — eine Krähe . . .) Bei Richteranklagen — gleich aus welchem Grund — sollte ein Parlamentariergremium Recht sprechen, ob auf Landes- oder Bundesebene ist dabei gleichgültig. Denkbar wäre: erste ‚Instanz' auf Landes-, zweite auf Bundesebene (Berufungsinstanz). Dieses Gremium setzt sich aus 15 Parlamentariern zusammen. Aus jeder Fraktion ist ein Mitglied ‚von Haus aus' zu benennen, das die Befähigung zum Richteramt haben muß. Die weiteren 12 Mitglieder sollten gerade diese Befähigung nicht haben — aus dem obengenannten Grund. Auch hier steht jeder Fraktion zunächst ein Mitglied zu, der Rest wird nach d'Hondt errechnet. Also 3 Richter und 12 Nicht-Richter. Gefahr der Urteile nach Mehrheitsverhältnissen? Wohl kaum — man muß überlegen, warum ein Richter angeklagt werden kann. Im Falle Effinowicz (Frage, ob ein Richter gegenüber einem Querschnittsgelähmten korrekt gehandelt hat oder nicht) wäre wohl ein ‚unpolitisches' Urteil, ein nur an den Fragen der Humanität orientiertes zustandekommen. Und Nazirichter Rehse wäre mit Sicherheit nicht freigesprochen worden!
Anregung zur Diskussion. Diese zwei kleinen Abweichungen von der ansonsten klar vorgezeichneten Gewaltenteilung dürften dem Ganzen bekömmlich sein. Präzedenzfälle ergeben sich daraus nicht, dafür sind die Hintergründe und Zusammenhänge zu offensichtlich.
Es möge so beschlossen werden."

Humanistische Union e. V., 8 München 2, Bräuhausstraße 2
Für diese Mitteilungen ist Peter Bernhardi verantwortlich, für den Diskussionsteil Volker Hummel, 6242 Kronberg 2, Hünerbergstr. 12
Telefon: (089) 22 64 41/42 Redaktionsschluß: 10. 9. 1974
Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 15. 11. 1974.
Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200-807.
Beilage: 2 Zahlkarten.